Eine kritische Masse an Staatskunst

Der ›Millenniums-Gipfel‹ der Vereinten Nationen vom September 2000

IAN WILLIAMS

Durch die Abhaltung des Millenniums-Gipfels am Beginn der 55. Ordentlichen Tagung der Generalversammlung – ihrer Millenniums-Tagung – rückten die Vereinten Nationen in bisher kaum dagewesenem Maße ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit. Die Veranstaltung vom 6. bis 8. September 2000 lockte an die 6 000 Medienvertreter und 5 000 Politiker samt ihrem Begleittroß nach New York. Ansprachen hielten 99 Staatsoberhäupter, drei Kronprinzen, 47 Regierungschefs und eine Reihe von Außenministern. Und doch tut man sich schwer, wollte man aus diesem Ereignis – der Ansammlung einer kritischen Masse von Staatsmännern an einem Ort – greifbare Ergebnisse herausfiltern. Und Staats*männer* waren es fast durchweg, fiel doch die Handvoll weiblicher Staats- und Regierungschefs schon allein durch ihre geringe Zahl auf – womit das Erfordernis, all den im Plenum vorgetragenen frommen Sprüchen von der Gleichstellung der Geschlechter noch Taten folgen zu lassen, aufs schönste illustriert wurde.

UNERKLÄRTER WAHLKAMPF

Das wohl am ehesten faßbare Ergebnis des historischen Gipfels war kein Bestandteil der Tagesordnung und wurde von keinem einzigen Teilnehmer angesprochen, auch wenn es sicherlich in den Köpfen der Veranstalter präsent war. Nach dem ausgedehnten Medienauftritt sowie der eindeutigen Zustimmung seitens der Mehrzahl der Staats- und Regierungschefs gilt es als nahezu sicher, daß man Kofi Annan im Laufe des nächsten Jahres die Kandidatur für eine zweite Amtszeit antragen wird. Diese ›Nicht-Kampagne‹ Annans einige Zeit vor Ablauf seines gegenwärtigen Mandats als Generalsekretär war somit recht erfolgreich. Seit dem Tag seiner Wahl mochte er sich nicht festlegen, ob er sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stellen würde oder nicht. Zum Teil ist dies dem ihm eigenen zurückhaltenden persönlichen Stil geschuldet, doch läßt sich daran auch die durchaus treffende Einschätzung ablesen, daß jedwede öffentliche Festlegung unweigerlich Gegenkandidaten auf den Plan rufen würde. Sowohl die asiatischen Staaten als auch die Osteuropäer (welche noch nie einen Generalsekretär stellten) glauben an der Reihe zu sein. Doch besäße kein Anwärter aus diesen Regionalgruppen das Charisma oder den Rückhalt, einen derart hochgeachteten Amtsinhaber wie Annan ohne den gegebenen Anlaß einer solchen Nominierung herauszufordern.

Als Präzedenzfall wurde Javier Pérez de Cuéllar angeführt. Gegen Ende seiner ersten Amtszeit legte der Sicherheitsrat dem peruanischen Diplomaten die Fortführung seines Amtes nahe und umging damit die Notwendigkeit einer Wahlkampagne. Der herzliche Empfang, der Annan zuteil wurde, läßt eine Wiederholung jenes Falles wahrscheinlich werden. Redner auf Redner pries Annans Amtsführung, und selbst wenn der eine oder andere einzelnen Aussagen des Millenniums-Berichts des Generalsekretärs[1] nicht zustimmen mochte, so tat dies dem Lob für die Person keinerlei Abbruch.

Auch wenn dies auf den ersten Blick als Marginalie des Gipfelereignisses erscheint, so ist es in Wirklichkeit doch von höchster Bedeutung. Annan hat es mit ungeheurem Erfolg verstanden, die Bestrebungen der Weltorganisation in einer Art und Weise zu personifizieren, die der Institution UN beständiges Prestige sichert. Die Vereinten Nationen mit ihrem allumfassenden und zugleich vielgestaltigen Aufgabenfeld haben naturgemäß mehrere Seiten, ja Erscheinungsformen, die zwar eng miteinander verknüpft sind, deren unterschiedliche Ausprägung aber mancherlei Verwirrung stiftet. Hilfreich ist es, zwischen der Weltorganisation in ihrer Rolle als ›Institution‹ und der ›Organisation‹ zu unterscheiden.

DOPPELCHARAKTER DER UN

Unter ›Institution‹ verstehe ich die symbolische Seite, die Annan wie kein zweiter zu repräsentieren vermag. Die UN als Institution verkörpern die Weltgemeinschaft, das »Wir, die Völker« im gemeinsamen Streben nach den einst von Franklin D. Roosevelt formulierten vier Freiheiten: der Rede- und Meinungsfreiheit, der Glaubensfreiheit, der Freiheit von Not und der Freiheit von Furcht. Die Übereinkünfte und Vertragswerke, die in dieser Institution entstanden, sind so etwas wie ein Talisman gegen Aggression und Unterdrückung, und zwar für alle Menschen auf dieser Erde. Wie es in der abschließenden Passage der ›Millenniums-Erklärung‹[2] der Generalversammlung heißt, sind

> »die Vereinten Nationen die unverzichtbare Begegnungsstätte der gesamten Menschheitsfamilie«; die Staats- und Regierungschefs versprechen, »daß wir uns durch sie bemühen werden, unseren universellen Bestrebungen nach Frieden, Zusammenarbeit und Entwicklung konkrete Gestalt zu verleihen«.

Auf der anderen Seite hat die Weltorganisation als ›Organisation‹, das heißt eben auch in der Praxis, oftmals weit weniger Erfolge aufzuweisen. Man könnte beinahe von einem zweifach umgekehrten Abstandsgesetz sprechen, wenn man die UN beurteilen will. Nach dem Newtonschen Gesetz ist die Anziehungskraft zweier Körper um so größer, je näher sie sich sind; die Vereinten Nationen indes lassen sich meist besser mit einigem Abstand beurteilen. Je näher man ihnen kommt, um so weniger anziehend wirken sie auf den Betrachter, wenn dieser erkennt, wie sehr ihr Tun von eher schäbigen politischen Kompromissen bestimmt wird und daß sich manche ihrer Mitwirkenden von durchaus nicht hehren Motiven leiten lassen.

Selbst wenn die Absichten wohlmeinend und die Mandate vernünftig ausgearbeitet sind, sind die Akteure, derer sich die Weltorganisation bedienen muß – so etwa die bei Friedensoperationen truppenstellenden Staaten –, nicht immer von den höchsten Idealen durchdrungen. Es ist dies eine geradezu schmerzliche Doppelbödigkeit, daß die UN als Institution uns die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bescherten, als Organisation aber ihren Teil der Verantwortung für die schrecklichen Ereignisse von Kigali und Srebrenica öffentlich eingestehen mußten[3].

Diese Quadratur des Kreises ist Kofi Annan insofern gelungen, als er eben jene Doppelrolle der UN nach außen zu vermitteln vermag. Ein Generalsekretär füllt eine einzigartige Position aus: er verkörpert sowohl die Institution als auch die Organisation. Mit dem Eingeständ-

---

Autoren dieser Ausgabe

Dr. habil. Henning Melber, geb. 1950, leitete von 1992 bis 2000 das wirtschaftspolitische Forschungsinstitut NEPRU in Windhoek und ist seit Mai 2000 Forschungsdirektor am Nordischen Afrika-Institut in Uppsala/Schweden. Er ist seit 1974 Mitglied der SWAPO.

Ian Williams, geb. 1949, britischer Journalist, berichtet für das in New York erscheinende Wochenmagazin ›The Nation‹ über die Vereinten Nationen. 1995/96 war er Präsident, 1997/98 Vizepräsident der Vereinigung der UN-Korrespondenten (UNCA).

In den Vereinigten Staaten – in San Franzisko – fand am Ende des Zweiten Weltkriegs die ›Konferenz der Vereinten Nationen über die Internationale Organisation‹ statt. 50 Staaten arbeiteten ab dem 25. April 1945 die Charta der neuen Weltorganisation aus, die sie am 26. Juni des gleichen Jahres unterzeichneten. Am 24. Oktober 1945 trat sie in Kraft. Zur Konferenz in San Franzisko hatte der US-Nachrichtendienst OSS (Office of Strategic Services) einen Anstecker für die Teilnehmer entwickelt; daraus ging, nach einigem Ringen um die angemessene geographische Darstellung, das Emblem der Vereinten Nationen – eine von zwei gekreuzten Olivenzweigen eingerahmte Projektion der Erde – hervor. Offiziell wurde es am 7. Dezember 1946 mit Resolution 92(I) der Generalversammlung (Text: VN 1/1982 S. 35) beschlossen.

nis auch seines persönlichen Anteils am Fehlverhalten bei den beiden genannten Ereignissen sowie des Versagens der Organisation beim Schutz der Menschen in Rwanda und in Bosnien schuf Annan nicht nur einen Präzedenzfall; vielmehr ging er hieraus sogar mit einem Mehr an Prestige und Autorität hervor. Hier zeigt sich sein außerordentliches Charisma und Talent, welches es ihm gestattet, die Ideale der Institution zu vertreten, ohne die Zahlmeister der Organisation zu verärgern – die Mitgliedstaaten, die die dunklere und eigennützige Seite der Vereinten Nationen darstellen.

Auch wenn dies die Idealisten enttäuschen mag: Einer der Gründe für den Erfolg der UN ist es, daß sie seit 1945 einen tragfähigen Kompromiß zwischen dem idealistischen Streben der Menschheit und der trüben Alltagswirklichkeit der Staaten herzustellen vermochten. Das ist nicht eben wenig. Es ist sogar eine der großen Stärken der Vereinten Nationen, daß sie so eng mit der realen Welt verbunden sind. Dies ist die Grundlage ihrer Glaubwürdigkeit.

So gesehen dürfte die Weltorganisation als *Institution* sehr wohl gestärkt aus der Millenniums-Generalversammlung hervorgehen, die *Organisation* aber wird trotz aller Versprechen sicherlich keine unmittelbare Stärkung erfahren. Das Adjektiv ›unmittelbar‹ ist bewußt gewählt, denn als Teil einer langen Reihe von öffentlichkeitswirksamen – zwar global angelegten, aber in der Hauptsache auf die Vereinigten Staaten und hier insbesondere auf Washington und den Kongreß ausgerichteten – Veranstaltungen der Vereinten Nationen hatte dieses Großereignis durchaus seinen Nutzen.

DRAHTZIEHER UND DRÄHTE

Seit der Amtsübernahme Annans hat sein Beraterstab (im Bewußtsein dessen, was dem Amtsvorgänger Boutros Boutros-Ghali widerfahren war) nicht geringe Mühe darauf verwandt, den Kreis der Befürworter der Weltorganisation in der politischen Klasse der Vereinigten Staaten[4] zu erweitern. In einem gewissen Maße läßt sich dies am Vorgehen einiger Berater beobachten, so etwa bei John Ruggie, dem ehemaligen Dekan der Fakultät für Internationale Beziehungen der Columbia-Universität in New York; mittlerweile ist er Beigeordneter Generalsekretär der UN. Clintons berüchtigter Berater Dick Morris – der Anrufe des Präsidenten von einem Callgirl mithören ließ und daraufhin den Dienst quittieren mußte – berichtet[5], daß er Ruggie als Informationsquelle für seine Ratschläge an den Präsidenten benutzt hatte. Noch während Ruggies Zeit an der Universität war es etwa auf seine über Morris weitergereichte Empfehlung zurückzuführen, daß die amerikanischen Maßnahmen gegen Kuba nach dem Vorfall mit zwei von den USA aus in Richtung Kuba geflogenen Flugzeugen vom Februar 1996 verschärft wurden.

Neben John Ruggie ist in der Hauptsache Gillian Sorensen als Beigeordnete Generalsekretärin für die Außenbeziehungen dafür verantwortlich, wie die UN in den USA dastehen. Ihr Ehemann Ted Sorensen, einst Redenschreiber für den Präsidenten John F. Kennedy, hatte Kofi Annan bei seiner Wahlkampagne von 1996 unterstützt. Unfreundliche Insider unterstellen, daß die erneute Ernennung Gillian Sorensens (die einige Jahre als Beraterin Boutros-Ghalis im Range einer Untergeneralsekretärin tätig gewesen war) auf unerfüllt gebliebene Versprechungen eines direkten heißen Drahts zum derzeitigen Amtsinhaber im Weißen Haus gegründet war. Die Beigeordnete Generalsekretärin hat sich sicherlich seither bemüht, für die Weltorganisation zu werben; glaubt man zahlreichen Beobachtern, so brachte dies freilich mit sich, daß sie ihren Gesprächspartnern gern das erzählt, was sie hören wollen, nicht das, was sie eigentlich erfahren sollten.

Ein direktes Ergebnis dieser so sehr auf die Vereinigten Staaten ausgerichteten Strategie war denn auch, daß das UN-Sekretariat bei dem sogenannten Helms-Biden-Kompromiß zur Begleichung von Zahlungsrückständen der USA viel zu verhalten Protest einlegte. Leider beinhaltete dieses politische Hinterzimmergeschäft zwischen dem republikanischen Senator und Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, Jesse Helms, und dem Vormann der Demokraten in diesem Gremium, Senator Joseph Biden, auch einseitige Abschreibungen von Schulden seitens der USA, die ebenfalls einseitige Reduzierung der amerikanischen Veranlagung für Friedensoperationen sowie eine Reihe bizarr, ja fast schon paranoid anmutender Forderungen einiger isolationistisch eingestellter Kongreßabgeordneter, was bestenfalls zur Halbierung der ausstehenden Beitragsrückstände – also zur Begleichung von 900 Mill anstelle von etwa 1,8 Mrd US-Dollar – führen würde. Da das UN-Sekretariat auf diese eigenartige Ausgestaltung des Handels in keiner Weise aufmerksam hingewiesen hatte, machten sich viele angeblich UN-freundliche US-Organisationen den Helms-Biden-Kompromiß zu eigen, indem sie nach Politikerart dafür warben, dies sei das beste, was man habe erreichen können.

Doch auch andere Mitarbeiter aus dem 38. Stockwerk des Sekretariatsgebäudes, die einer US-zentrierten Weltsicht nicht so zugetan sind, sehen es als unerläßlich an, den Vereinigten Staaten gut zuzureden, damit sie ihrer Rolle in der Weltorganisation so umfassend wie möglich gerecht werden. In diesem Zusammenhang ist es von einiger Bedeutung, daß große Firmen einen enormen Einfluß auf den amerikanischen Kongreß auszuüben vermögen. Auch wenn in Meinungsumfragen eine ›passive‹ Unterstützung für die Vereinten Nationen durch über 70 vH der amerikanischen Wähler festgestellt wurde, könnte erst die aktive Einflußnahme US-amerikanischer Großunternehmen auf Senat und Repräsentantenhaus eine ansehnliche politische Dividende zugunsten der Weltorganisation einfahren oder doch wenigstens die Feindseligkeit, die so manche Parlamentarier auf dem Kapitol gegenüber den UN zur Schau tragen, abmildern.

Hinzu kommt, daß der Entwicklungsbereich der Vereinten Nationen, allen voran das UNDP, viele seiner ehemaligen sozialdemokratischen und dirigistischen Vorurteile hinter sich gelassen und den Sieg auf dem Schlachtfeld der Ideologien der Weltbank überlassen hat. Auch wenn diese mittlerweile eine Reihe seinerzeit vom UNDP vorgetragener Argumente gegen die brutalen Folgen der Strukturanpas-

sung und zugunsten der Armutsbekämpfung in ihr Arsenal aufgenommen hat, so hat sie auf jeden Fall die Schlacht um die Einbeziehung des Privatkapitals und der Unternehmerschaft in den Entwicklungsprozeß gewonnen. Solcherlei unterschiedliche Motive spiegeln sich in dem unermüdlichen Einsatz Kofi Annans und seiner Berater um die Einbeziehung der Privatwirtschaft wider, der schließlich in den von ihm initiierten ›Globalen Pakt‹ zwischen Regierungen, Unternehmen, Gewerkschaften und anderen nichtstaatlichen Akteuren mündete[6].

Nur ein Jahrzehnt zuvor wäre eine derartige ideologische und praktische Offenheit gegenüber dem Kapital noch undenkbar gewesen. Die antiimperialistische Rhetorik der Entwicklungsländer, die akute Ablehnung seitens der kommunistisch regierten Staaten sowie die latente Voreingenommenheit des sozialdemokratischen Europa hätten solche Bemühungen bereits im Keim erstickt. Das heißt natürlich nicht, daß die privatwirtschaftliche Doktrin in die Herzen aller politischen Führer der Dritten Welt Eingang gefunden hätte; während des Millenniums-Gipfels hob ein Redner nach dem anderen die Schattenseiten der Globalisierung und die verzerrten Relationen des Freihandels hervor, bis Annan schließlich zusagte, diese Bedenken zu prüfen. Auch viele nichtstaatliche Organisationen (NGOs) äußerten ähnliche Besorgnis, doch war all dies letztlich kein Hinderungsgrund dafür, sich im Schlußdokument des Millenniums-Gipfels darauf festzulegen, »im Bemühen um Entwicklung und Armutsbeseitigung feste Partnerschaften mit dem Privatsektor und den Organisationen der Zivilgesellschaft aufzubauen«.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß der Millenniums-Gipfel als PR-Ereignis sicherlich einen nachhaltigen Eindruck bei den amerikanischen Medien hinterließ, deren Berichterstattung über das Gipfeltreffen im Vergleich zu derjenigen über die Fünfzigjahrfeier der UN fünf Jahre zuvor insgesamt wesentlich wohlwollender ausfiel. Damals war es Usus, die Berichterstatter mit dem Auftrag an den East River zu entsenden, Geschichten über »Korruption, Verschwendung und Mißmanagement« bei der Weltorganisation nach Hause zu bringen. Im Grunde haben derartige Großveranstaltungen wie die Fünfzigjahrfeier oder der Millenniums-Gipfel – abgesehen von ihren Ritualen und zeremoniellen Gepflogenheiten, die bei einer zahlenmäßig so bedeutsamen Einrichtung natürlich nicht zu vernachlässigen sind – nur als Medienereignisse ihren Sinn.

NOCH MEHR GEWINNER

Die Veranstaltung hatte somit vielfältige Bezüge zu den Vereinigten Staaten – einzig verbliebene Supermacht, Gastland und Hauptschuldner der UN in einem. Darüber hinaus konnte ihr Präsident zweifellos ebenfalls einiges an politischem Kapital aus dem Gipfeltreffen schlagen. Zwar hat er die vollständige Zahlung der US-Schulden an die Vereinten Nationen nicht sichergestellt; dafür aber gelang es ihm, die Position eines seiner Vorgänger, seines Parteifreundes Jimmy Carter, als ideeller Gesamtfriedensstifter im Weltmaßstab zu erklimmen. Außenstehenden mag es einigermaßen belanglos erscheinen, wie er, ganz hinten im Saal stehend, der Rede des iranischen Präsidenten Mohamed Khatami lauschte. Bei den Vereinten Nationen aber, wo selbst bei einem Gipfeltreffen kaum jemand ernsthaft den anderen Rednern zuhört, war dies eine bedeutsame Geste – so wie der Handschlag mit Fidel Castro. Beide Gesten waren höchst typisch für Clinton: man kann sie bei Bedarf auch herunterspielen oder hinwegerklären; und doch tragen sie zweifelsohne zur Erhöhung seines Renommees als Friedensstifter am Ausgang seiner Amtszeit bei. Derartige Gesten illustrieren eine überaus bedeutsame Funktion der Weltorganisation, die nicht ausdrücklich in der Charta festgeschrieben ist: sie bietet ein neutrales Gelände, auf dem selbst den ärgsten Feinden die Aufnahme oder Fortführung diskreter Kontakte möglich ist.

Natürlich verlaufen nicht alle Kontakte so diskret: der Millenniums-Gipfel war auch ein Festival der bilateralen Begegnungen zwischen den verschiedenen Regierungschefs, womit die kritische Masse an Staatskunst, die in New York versammelt war, ein Feld der praktischen Anwendung fand. Während der Dialog zwischen Nord- und Südkorea auf Grund der undiplomatischen Kontrollmaßnahmen einer US-amerikanischen Fluggesellschaft gegenüber der nordkoreanischen Delegation auf dem Frankfurter Flughafen nicht zustande kam, fanden doch zahlreiche andere bilaterale Gespräche statt. Aber das eine Treffen, auf das im Vorfeld die meiste Energie verwandt worden war und das eine Wiederaufnahme der Friedensgespräche zwischen Jassir Arafat und Ehud Barak hätte sein können – dieses Treffen fand nicht statt.

Eben solches verdeutlicht einen anderen, für professionelle Beobachter des Geschehens wichtigen Aspekt der Vereinten Nationen: auf den Laut des Schweigens zu hören. Kein anderes Thema hat im Gefüge der Weltorganisation so viele Beschlüsse hervorgebracht wie der Nahostkonflikt. Nicht ein Jota aus dem Wortlaut oder dem Gehalt dieser Resolutionen fand Eingang in die Millenniums-Erklärung der Generalversammlung. Dies ist kein Versehen und nur scheinbar ein Kuriosum, denn in diesen Entschließungen erfährt die palästinensische Position Unterstützung, womit die israelischen Ansprüche unterhöhlt werden; und eben deswegen stellten diese UN-Resolutionen in der Sicht der USA ein »Hindernis« für den Friedensprozeß dar.

Außer Politiker und Diplomaten zog das Millenniums-Ereignis eine Unzahl von Organisationen aus aller Welt an, die eigene ›Gipfel‹ abhielten. Vor allem führten NGOs, religiöse Führer und Parlamentarier Parallelveranstaltungen durch, die sämtlich von dem Wunsch beseelt waren, den Vereinten Nationen nahe zu kommen, ja zu einem Teil von ihnen zu werden.

Nicht jede Veranstaltung dieser Art strahlte Glanz aus. So wurde der unter dem Ehrenvorsitz des mit seiner 1-Mrd-Dollar-Schenkung an die Vereinten Nationen[7] weltweit bekannt gewordenen Ted Turner stehende ›Friedens-Gipfel‹ der Religionen von der hohen Politik überschattet. An der von einer internationalen Koalition religiöser Gruppen ausgerichteten, teils im UN-Gebäude abgehaltenen Tagung nahmen mehr als 1000 religiöse Führer teil. Einer der prominentesten, der Dalai Lama, war nicht darunter; das UN-Sekretariat beugte sich dem Druck Beijings. Zum Glück für Kofi Annan ging dies im Getöse des Großereignisses ziemlich unter, und zum Glück zog es der Dalai Lama vor, nicht persönlich in New York in Erscheinung zu treten. Dennoch waren zahlreiche UN-Bedienstete angesichts dieses Kotaus gegenüber der chinesischen Regierung zutiefst betroffen. Die Religionsführer übrigens diskutierten, aber einigten sich letztlich nicht über einen Vorschlag einer gemeinschaftlichen Vertretung bei den Vereinten Nationen. Der Gedanke der Ökumene erscheint manchem zu substanzlos; andere wiederum empfinden, man solle dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, und die Politik den Politikern überlassen.

Recht eng sahen es auch die Amerikaner, freilich auf dem etwas anderen Feld der Pflichten eines Gastgebers. Sie entschieden kurzerhand, daß das Treffen der Parlamentspräsidenten, das die Interparlamentarische Union (IPU) im Vorfeld des Millenniums-Gipfels abhielt, nichts mit der UN-Veranstaltung zu tun habe, und verweigerten dem Sprecher des kubanischen Parlaments, Ricardo Alarcon, die Einreise. In ihren Debatten konnte die IPU freilich keine Einigkeit über den Vorschlag erzielen, eine neue Kammer der UN aus den gewählten Mitgliedern der Legislative aus aller Welt zu bilden.

In gewisser Weise war das Millenniums-Forum der NGOs erfolgreicher, auch wenn sich diese zuweilen wie Shelleys Dichterzirkel der Illusion hingeben, sie seien die verkannten Hüter des Gesetzes für die ganze Menschheit. Natürlich sind sie dies nicht; in Tat und Wahrheit sind sie selbsternannte Interessenvertreter. Dies tut der Bedeu-

tung eines Großteils ihrer Arbeit jedoch keinerlei Abbruch. Denn viele wichtige Fortschritte im Wirken der Vereinten Nationen – genannt seien nur die Stichworte Rio (1992), Kairo (1994), Internationaler Strafgerichtshof oder der Vertrag über das Verbot von Anti-Personen-Minen – wären mit ziemlicher Sicherheit bei weitem nicht so erfolgreich verlaufen, wären da nicht die aktive Beteiligung und der prüfende Blick der NGOs gewesen. Eigentlich war es ein bislang wenig anerkanntes Verdienst des damaligen Generalsekretärs Boutros-Ghali gewesen, die NGOs aktiv in die Arbeit der Vereinten Nationen einzubeziehen.

Ende Mai hatten sich in New York 1 350 Vertreter von NGOs aus aller Welt versammelt, und ihre Botschaft an die politischen Köpfe der Staatengemeinschaft war gewissermaßen eine willkommene Umkehrung des mehr oder minder neoliberalen Tenors, den die Weltorganisation in letzter Zeit angeschlagen hatte. Ihr Sprecher verkündete vor der Generalversammlung, daß das Millenniums-Forum der NGOs die weltweite Armut als »Verletzung der Menschenrechte« ächte, daß man einen sofortigen Schuldenerlaß für die Dritte Welt verlange und »gestärkte, demokratischere Vereinte Nationen« einfordere, was sich vor allem in der Reform des Sicherheitsrats und damit in einer Erweiterung von dessen Mitgliedschaft, einem demokratischeren Verfahren und schließlich in der Abschaffung des Vetorechts niederschlagen solle.

Zweifellos spiegelte das Ergebnis des NGO-Forums die Wünsche vieler Entwicklungsländer wider. In der Tat fanden hier Forderungen ihren Ausdruck, deren Artikulierung manche Regierung doch scheut, wenn sie befürchten muß, daß ein unzureichendes Bekenntnis zum freien Markt finanzielle oder wirtschaftliche Strafmaßnahmen nach sich ziehen könnte.

DIE ANLIEGEN

Die zentralen Themen der Vereinten Nationen sind bekannt: die Gewährleistung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Völker, die Sicherung der Menschenrechte für alle Menschen überall auf der Welt und die Fortbildung des Völkerrechts. Aktuell verdienen zwei Anliegen besondere Beachtung: die Verbesserung der Friedensoperationen und die Reform des Sicherheitsrats.

Die Reform der Friedenssicherung

Die höchste Relevanz für die künftige Organisationsstruktur dürfte der unter Vorsitz Lakhdar Brahimis erstellte Bericht über die UN-Friedensoperationen[8] haben. Der Generalsekretär hatte im März eine Expertengruppe zu den Friedenssicherungseinsätzen unter der Leitung des früheren algerischen Außenministers[9] eingesetzt, die dann Ende August ihren Schlußbericht vorstellte. Er lag dem Sicherheitsrat und der Generalversammlung vor.

Die wichtigsten Empfehlungen des Expertenberichts beinhalten die umfassende Neustrukturierung der Hauptabteilung für Friedenssicherungseinsätze im UN-Sekretariat, die Schaffung einer Arbeitseinheit für Information und strategische Analysen, die sämtlichen mit Frieden und Sicherheit befaßten Abteilungen der Vereinten Nationen zuarbeiten soll, die Bildung einer integrierten Arbeitsgruppe am UN-Sitz, die jede Friedensoperation von ihrer Einsetzung an planen und unterstützen soll, und schließlich die systematische Nutzung der Informationstechnologie.

Vor Journalisten bekannte Brahimi, daß das Expertengremium schockiert gewesen sei, als es erfuhr, daß lediglich 32 UN-Bedienstete in New York die Leitungsebene für 28 000 Friedenssoldaten bildeten. Es sei skandalös und inakzeptabel, daß sich die Vereinten Nationen nicht das erforderliche Personal leisten könnten, um ihr Mandat in Sachen Frieden und Sicherheit zu erfüllen – immerhin ihr Hauptaufgabenbereich. Zur Zeit stellt sich jeder Friedenssicherungseinsatz als Ad-hoc-Vereinbarung dar, was die Weltorganisation dazu zwingt, bei den Regierungen Klinken zu putzen, um verfügbare und politisch genehme Truppenkontingente aufzuspüren, die Logistik für ihren Einsatz bereitzustellen und dem Sicherheitsrat Budgetierung und Einsatzplan zur Billigung vorzulegen. Zuweilen bleibt der Bericht jedoch sogar hinter früheren Ansätzen zurück. So vermied man – dem Widerstand des amerikanischen Kongresses nachgebend – jedwede Erwähnung eines stehenden Heeres der UN. »Das System der Verfügungsbereitschaftsabkommen war die zweitbeste Lösung«, so Brahimi; der Expertenbericht bittet daher die Mitgliedstaaten lediglich, die Bereithaltung rasch verfügbarer Kräfte in Erwägung zu ziehen. Der tatsächliche Einsatz dieser Einheiten würde dann, wie auch jetzt schon, von Vereinbarungen mit den betroffenen Regierungen abhängen.

Dessen ungeachtet wurde der Bericht als ein pragmatischer und akzeptabler Verbesserungsvorschlag in Sachen Blauhelm-Einsätze weithin begrüßt. Fraglich ist leider nur, ob die Mitgliedstaaten sich tatsächlich zu den finanziellen Zugeständnissen für seine Umsetzung durchringen können. Alle Welt sieht die dringende Notwendigkeit einer größeren und professioneller arbeitenden Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze im UN-Sekretariat; mehr als optimistisch wäre freilich die Annahme, daß sich solches angesichts des Beharrens der USA auf einem Nullwachstum des UN-Haushalts bei gleichzeitiger Rückhaltung ihrer Beiträge rasch verwirklichen läßt.

Die Reform des Sicherheitsrats

Allerorten ertönt der Ruf nach einer Reform des Sicherheitsrats, um ihn tatsächlich repräsentativ für die Staatengemeinschaft zu machen. Man wird jedoch das Gefühl nicht los, daß dieser Ruf so wie der des Heiligen Augustinus gemeint ist, der vor der Sünde gerettet werden wollte – nur nicht sofort. Da bekanntlich die Ständigen Mitglieder des Rates ein Vetorecht gegen Reformvorschläge haben, käme niemand auf den Gedanken, etwa Großbritannien oder Frankreich aus dem ›P-Club‹, dem Kreis der Ständigen, ausschließen zu wollen. Immerhin besteht (mit der bemerkenswerten Ausnahme Italiens) Konsens dahin gehend, daß auch Deutschland und Japan einen Ständigen Sitz erhalten sollten. Das würde das Mächtegleichgewicht im Rat allerdings noch stärker in eine Schräglage zugunsten des industrialisierten Nordens bringen, so daß es weithin akzeptiert ist, daß auch einigen Mitgliedstaaten aus dem Süden dieser Status zuerkannt werden muß. Und hier bricht der Konsens zusammen. Soll Südafrika, Nigeria oder Ägypten Afrika vertreten, soll Indien, Pakistan oder Indonesien für Asien sprechen, Argentinien oder Brasilien für Südamerika? Angesichts des Andrangs an potentiellen Bewerbern kann man getrost annehmen, daß sich Abreden über eine tatsächliche Änderung der Mitgliedschaft noch lange hinziehen werden, erst recht dann, wenn ein Vorschlag die Interessen der Vetomächte tangieren sollte. Auch erscheinen an dieser Stelle die Rufe nach ›Demokratie‹ wenig sinnfällig. Wollte jemand im Ernst behaupten, daß die Einräumung des Vetos an Indonesien in den vergangenen Jahrzehnten die demokratischen Rechte der Osttimorer gefördert hätte? Wie bei so vielem im Gefüge der Vereinten Nationen wird die wahrscheinlichste Lösung für die nächste Zeit sein, sich mit den derzeitigen Gegebenheiten erst einmal durchzuwursteln.

DIE RUNDEN TISCHE

Trotzdem stellen die Vereinten Nationen immer wieder auch ihre Fähigkeit zur Innovation unter Beweis. So war ein anregender Bestandteil der Millenniums-Gipfels die Bildung von vier Runden Tischen aus den Reihen der Staats- und Regierungschefs; beim Vorsitz wurde wie üblich die Verteilung auf die Weltregionen vorgenommen. Es präsidierten der singapurische Ministerpräsident Goh Chok Tong sowie die Staatspräsidenten Aleksander Kwasniewski (Polen),

Hugo Rafael Chavez (Venezuela) und Abdel Aziz Bouteflika (Algerien). Die Sitzungen fanden hinter verschlossenen Türen statt, um einen unbefangenen Gedankenaustausch zu ermöglichen. Zwar waren die Diskussionen vollständig auf Band aufgenommen worden, doch kurioserweise wurden die Bänder eingesammelt und weggeschlossen. Glaubt man jenen, die bei den Diskussionen dabei waren, so dürfte nur geringe Nachfrage nach einer Veröffentlichung bestehen. Während etwa Präsident Kwasniewski betonte, daß die Gespräche zu den interessantesten Debatten seiner politischen Laufbahn zählten, äußerten sich andere sehr viel skeptischer. Die USA nahmen an den Gesprächsrunden überhaupt nicht teil, was die Wirksamkeit des Ereignisses weiter sinken ließ. Es gab keinerlei Beschlüsse, nur eine summarische Berichterstattung durch die vier Vorsitzenden an die Generalversammlung, und eine überraschende große Zahl derer, die eigentlich offen und themenübergreifend diskutieren sollten, verlas eine vorbereitete Erklärung der Art, die auch aus der sogenannten Generaldebatte der Generalversammlung ein oft so steriles Ereignis macht.

Dennoch konnten Beobachter einige konkrete und originelle Vorschläge aus den Reihen der Staatsoberhäupter ausmachen. So bot zum Beispiel Fidel Castro 3000 kubanische Ärzte an, die in Afrika zum Einsatz gelangen könnten. Die neuseeländische Premierministerin Helen Clark hob hervor, daß der Export ihres Landes – großenteils land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse – eher typisch für den eines Entwicklungslandes sei, obwohl es das Bruttosozialprodukt eines Industriestaates aufweise. Den Entwicklungsländern offerierte sie die Vermittlung von Fachwissen und Beratung im Marketing- und Exportbereich. Es gibt keinen Grund, die Ernsthaftigkeit dieser Angebote anzuzweifeln – doch wie wahrscheinlich ist es, daß sie wirklich in die Tat umgesetzt werden, da sie noch nicht einmal schriftlich festgehalten wurden? Unter therapeutischem Aspekt mag sich die Möglichkeit, daß derart hochgestellte Persönlichkeiten ungehindert mit ihresgleichen plaudern, durchaus segensreich auswirken, doch dürfte es schwierig sein, einen unmittelbaren und meßbaren Erfolg auszumachen.

DIE ERGEBNISSE

Wird der Gesprächsmarathon – offizielle Erklärungen vor dem Plenum, Gespräche am Runden Tisch, bilaterale Begegnungen – von Anfang September nun für die Welt im allgemeinen irgendwelche greifbaren Ergebnisse fördern, oder wird sich die Position der Vereinten Nationen in irgendeiner Weise nachhaltig verbessern? Ein Rückblick auf vergleichbare Ereignisse ist ernüchternd genug.

Im Januar 1992 nutzte Englands Premierminister John Major den britischen Vorsitz im Sicherheitsrat für diesen Monat dazu, erstmalig eine Ratssitzung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs einzuberufen. Obwohl deren wahrer Sinn darin bestand, das international wie auch im eigenen Land leicht lädierte Image des noch immer im Schatten seiner Vorgängerin Margaret Thatcher stehenden Major aufzupolieren, schien das Treffen doch recht erfolgversprechend zu werden. Schließlich hatten die Vereinten Nationen soeben – wenn man so will, in dieser Form sogar zum ersten Male – ihre ureigene Aufgabe nach der Charta erfüllt: sie hatten den Einmarsch in einen UN-Mitgliedstaat, nämlich Kuwait, und dessen Annexion durch ein Nachbarland rückgängig machen können. Der Kalte Krieg, der von Beginn an so viele Verheißungen der Weltorganisation in den Hintergrund hatte treten lassen, war vorüber.

Und doch kann sich kaum jemand an das Ergebnis jenes Gipfeltreffens des Sicherheitsrats, das 13 Staats- und Regierungschefs (und zwei Außenminister) an einen Tisch brachte, erinnern. Einer der Gründe für diesen Gedächtnisschwund könnte das kollektive Unbehagen darüber sein, wie wenige der vollmundigen Versprechungen[10] wirklich umgesetzt wurden. In der Tat war die Schlußerklärung folgenlos geblieben, sieht man einmal davon ab, daß sie den Anstoß für Boutros-Ghalis ›Agenda für den Frieden‹[11] gab; deren Schlußfolgerungen jedoch werden bis zum heutigen Tag weitgehend ignoriert.

Wie so häufig, spricht gerade dieses Schweigen über das Ereignis vom Januar 1992 Bände. Ein erster Entwurf dieser Erklärung des Ratspräsidenten namens der Staats- und Regierungschefs hatte eine Passage zur verstärkten Einbeziehung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) bei der Beilegung von internationalen Streitigkeiten enthalten, doch wurde diese auf Drängen der Vereinigten Staaten vom Tisch gewischt.

Um ein ähnliches Ereignis zu nennen: Wer kann sich noch an die ›Erklärung anläßlich des fünfzigsten Jahrestages der Vereinten Nationen‹ von 1995[12] erinnern oder zitiert gar aus ihr? Vorsitzender des Jubiläums-Ausschusses war seinerzeit der damalige Ständige Vertreter Australiens, Richard Butler, der später zum Exekutivvorsitzenden der UNSCOM, der Sonderkommission der Vereinten Nationen zur Überwachung der Abrüstung Iraks, berufen wurde. In seinen Memoiren[13] erinnert sich Butler, daß es »18 Monate intensiver Arbeit« gekostet habe, den Text der Erklärung für den 50. Jahrestag zu erstellen. Dies war gleichwohl positiv zu vermerken, denn die Uneinigkeit im Vorfeld des 40. Jahrestags war dergestalt tiefgreifend, daß das Jubiläum fast unbemerkt unterging, da man sich nicht hatte eini-

Ein neues Element der internationalen Konferenzdiplomatie stellten die ›Runden Tische‹ auf dem Millenniums-Gipfel dar. Der Grundgedanke war, den Staats- und Regierungschefs die Gelegenheit zum Gedankenaustausch außerhalb des Scheinwerferlichts der Medienöffentlichkeit zu bieten. Es erfolgte eine Aufteilung auf vier Gesprächsforen, die jeweils unter dem Vorsitz eines Vertreters Afrikas, Amerikas, Asiens und Europas standen. Bundeskanzler Gerhard Schröder nahm am 7. September an dem Rundtischgespräch teil, das vom polnischen Präsidenten Kwasniewski geleitet wurde.

gen können, wie man es begehen solle. In ungewöhnlich selbstkritischer Weise faßt Butler zusammen:

»In der Rückschau ist die Erklärung zum 50. Jahrestag – die so viel Schweiß und Mühen, vor allem für meine persönliche Assistentin, Narelle Grieve, gekostet hat – offenkundig nicht gerade ein Meisterwerk staatsmännischer Eloquenz, sondern lediglich ein Durchschnittstext, der den Grundsätzen oder Politiken der internationalen Gemeinschaft wenig oder gar nichts Neues hinzufügt. Tatsächlich kann sich weder Narelle noch ich mich erinnern, daß auch nur eine Delegation oder ein Diplomat später auf sie Bezug genommen hätte.«

Wird die Millenniums-Erklärung stärker im kollektiven Gedächtnis haften bleiben als jener Text von 1995? Vielleicht nicht der Wortlaut, doch bleibt die Hoffnung, daß die Millenniums-Veranstaltung eine Katalysatorfunktion dabei hatte, die weltweite Herrschaft des Rechts zu fördern.

Die Erklärung des Sicherheitsrats

Das eigentliche Ereignis des Millenniums-Gipfels der Generalversammlung machte sich auch der Sicherheitsrat zunutze und trat – nach dem mit dem Namen John Majors verknüpften Ereignis vom Januar 1992 – am 7. September 2000 zum zweiten Male auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs zusammen. In seiner ›Erklärung über die Sicherstellung einer wirksamen Rolle des Sicherheitsrats bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, insbesondere in Afrika‹[14] wurde der Brahimi-Bericht ausdrücklich »begrüßt« und fand einen Niederschlag etwa in der Festlegung auf »klar umrissene, glaubwürdige, erfüllbare und angemessene Mandate« für die Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen.

Die ›P-5‹, die fünf Ständigen Mitglieder des Rates, gaben außerdem am gleichen Tag noch eine separate Stellungnahme ab; Präsident Jiang Zemin (China), Präsident Jacques Chirac (Frankreich), Präsident Wladimir Putin (Rußland), Premierminister Tony Blair (Großbritannien) und Präsident William Jefferson Clinton (Vereinigte Staaten) würdigten unter anderem den Brahimi-Bericht, ließen aber nicht zuletzt den auf das Jahr 1973 zurückgehenden Umlagenschlüssel für die Pflichtbeiträge zu den Friedensmaßnahmen – der den ›P-5‹ etwas höhere Lastenanteile als beim regulären Haushalt aufbürdet – als Objekt ihrer spezifischen Reformbestrebungen erscheinen.

Versammelte sich im Sicherheitsrat und erst recht im Kreise der ›P-5‹ die internationale Spitzenprominenz, so nutzte auch der Wirtschafts- und Sozialrat die Gelegenheit, seinen Ruf etwas aufzupolieren: sein Präsidium tagte ebenfalls auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, und zwar zum ersten Male in der Geschichte dieses Hauptorgans. Den Vositz führte Indonesiens Präsident Abdurrahman Wahid.

Die Millenniums-Erklärung der Generalversammlung

Die ›Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen‹[15] wurde am 8. September der Generalversammlung ohne förmliche Abstimmung verabschiedet, doch war es ein über viele Sitzungen mühsam errungener Konsens, der einige Passagen verwässerte, andere hingegen schärfer herausarbeitete. Den Vereinigten Staaten etwa gelang es, den in der Erklärung zum Ausdruck kommenden Enthusiasmus zugunsten der Zeichnung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs etwas herunterzuspielen: die Staaten werden nicht mehr nachdrücklich aufgefordert (urged) zu zeichnen, sondern angehalten, die Zeichnung »in Erwägung zu ziehen« (to consider). Ähnlich wurde bei der Formulierung zum Beitritt zur Anti-Minen-Konvention verfahren. Trotz allem geht die Millenniums-Resolution stellenweise über die Erklärung des Sicherheitsrats-Gipfels von 1992 hinaus, da sie den ausdrücklichen Appell an die Mitgliedstaaten enthält, den Entscheidungen des IGH »in den Fällen, in denen sie Partei sind, Folge zu leisten«; bekanntlich hatten die USA 1985 ihre Unterwerfung unter die Jurisdiktion des Gerichtshofs zurückgenommen, als der Fall betreffend ihre militärischen Aktivitäten gegen Nicaragua noch im Haag verhandelt wurde. Andererseits milderte die Phalanx der Atommächte Annans Vorschlag für eine Konferenz über nukleare Gefahren insoweit ab, daß man schließlich nur noch die »Möglichkeit« der Einberufung einer derartigen Konferenz in Erwägung zog.

Zum Thema Entwicklung formuliert die Erklärung zahlreiche Appelle, von denen viele fast schon chiliastischer Natur sind: die Beseitigung von Krieg, Ungerechtigkeit und Armut etwa. Dann wiederum gibt es einige merkwürdig spezifische Aufrufe, wie zum Beispiel den nach freiem Zugang zu den Informationen über das menschliche Genom. Viele Zielsetzungen sind recht präzise, mit bestimmten Zeitvorgaben ausgestattet. Die von vielen Entwicklungsländern gehegten Ängste hinsichtlich der negativen Auswirkungen der Globalisierung führten etwa zu der Festlegung auf den Mai 2001: bis dahin sollen die Industrieländer sich möglichst »eine Politik des zoll- und quotenfreien Zugangs für praktisch alle Exportgüter aus den am wenigsten entwickelten Ländern zu eigen« gemacht haben. Ferner werden die Industriestaaten aufgefordert, bereits vereinbarte Programme zur Schuldenerleichterung für die ärmsten Länder

»ohne weitere Verzögerungen« umzusetzen und übereinzukommen, »alle bilateralen öffentlichen Schulden dieser Länder zu streichen, wenn diese Länder sich im Gegenzug auf eine nachprüfbare Armutsminderung verpflichten«.

Gemeinschaftlich bekannten sich die Staats- und Regierungschefs auch zur Umsetzung einiger spezifischer Ziele bis zum Jahre 2015:

- die Halbierung des Anteils der Weltbevölkerung, der mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen muß, und des Anteils derjenigen Menschen, die Hunger leiden oder keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben;
- die Reduzierung der Müttersterblichkeit um drei Viertel und die der Sterblichkeit der Kinder unter fünf Jahren um zwei Drittel;
- die Beendigung der weiteren Ausbreitung von HIV/Aids, Malaria und anderen Seuchen sowie ihre Eingrenzung.

Bis 2020 sollen »erhebliche Verbesserungen im Leben von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern erzielt« werden. Im Umweltbereich nennt die Erklärung als Forderung das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls bis 2002.

Völlig unrealisierbar sind derart spezifische Forderungen nicht; doch bittere Erfahrung lehrt, im besten Falle mit skeptischen, im schlimmsten mit zynischen Erwartungen hier heranzugehen. So mußte zum Beispiel das UNFPA in Afrika in diesem Jahr mehrere Gesundheitsprogramme der Mutter-Kind-Betreuung im Umfang von 26 Mill Dollar stornieren, weil einige Geberländer früher gemachte finanzielle Versprechen nicht einlösten, insbesondere Deutschland und Japan.

Bei der Frage der Durchsetzung von Sanktionen – Maßnahmen, die den guten Namen der Weltorganisation beschädigt hatten und allzuoft ihren Idealen zuwiderzulaufen schienen – fordert die Millenniums-Erklärung dazu auf, »die nachteiligen Auswirkungen von Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen auf unschuldige Bevölkerungen auf ein Mindestmaß zu beschränken«; die Sanktionsregime seien regelmäßig zu überprüfen und ihre nachteiligen Auswirkungen auf Dritte zu verhindern. Wenig wahrscheinlich ist es, daß dem irakischen Volk hierdurch in der nächsten Zeit geholfen wird, doch ist hiermit unmißverständlich signalisiert, daß man bereit ist, aus Entscheidungen zu lernen, die selbst viele von Saddam Husseins ärgsten Feinden mittlerweile als Fehler ansehen.

Wie vom Sicherheitsrat wurden auch von der Generalversammlung die vielfältigen Schwierigkeiten des afrikanischen Kontinents besonders angesprochen, wo sich auch anderswo auftretende Probleme wie kriegerische Konflikte, Entwicklungshemmnisse, Krankheiten und Armut potenziert darstellen.

Welche nachhaltigen Ergebnisse sind bei realistischer Betrachtungsweise von der Zusammenführung von soviel Staatskunst an drei Ta-

gen zu erwarten? Ein später Einfall führte zu einem höchst praktischen Vorhaben: Wenn schon so viele hochrangige Personen aufeinandertreffen, mag ein findiger UN-Bediensteter gedacht haben, weshalb sollte man sie dann nicht dazu bewegen, einige der über 500 von den UN verwahrten multilateralen Verträge zu unterzeichnen? Als Anreiz wurde ein spezieller Zeichnungsraum eingerichtet, in dem die Staats- und Regierungschefs rund um die Uhr unter den 25 wichtigsten Verträgen zur Unterschriftsleistung auswählen konnten – und dies vor laufenden Fernsehkameras. Mehr als 80 Staaten zeichneten oder ratifizierten Verträge oder andere Völkerrechtsinstrumente. Am populärsten waren die beiden Zusatzprotokolle zur Kinderrechtskonvention zum Verbot des Einsatzes von Kindersoldaten und dem der Kinderprostitution. Auch das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs wurde von einer Reihe von Staaten gezeichnet.

Eine Zusammenkunft einer Vielzahl von Würdenträgern mit dem Ziel, einige von ihnen ihren Namen unter ein Stück Papier setzen zu lassen, mag als eine gewaltige Verschwendung von Ressourcen erscheinen. Doch ist es in Wirklichkeit, wie schon eingangs dargelegt, eben dieses Netzwerk aus 514 internationalen Übereinkünften[16], welches das Fundament der UN als weltumspannende Institution bildet. Es sind diese Instrumente des Völkerrechts, die den Triumph des globalen Gemeinschaftsgedankens über die nationale Eigenbrötelei darstellen: sie versinnbildlichen das eigentliche Wesen der Vereinten Nationen.

Einen indirekten Beleg hierfür finden wir unschwer in Washington. Dort hielt der texanische Kongreßabgeordnete Ron Paul zeitgleich mit dem Beginn des Millenniums-Gipfels eine Pressekonferenz zur Propagierung eines Gesetzesentwurfs ab, der auf das Ausscheiden der USA aus den Vereinten Nationen abzielt. Die Befürworter des Austritts reklamieren, daß eine Weltorganisation, die durch ein Netz von 514 internationalen Verträgen »so viel Machtfülle erhält, daß sie über der amerikanischen Verfassung steht oder sie sogar aushebelt, ... vollkommen unannehmbar« sei. Im Gegenteil – es ist genau diese Orientierung an universellen Werten, die sie für die meisten vernünftigen Menschen auf der Welt akzeptabel werden läßt!

---

1 UN-Dok. A/54/2000 v. 27.3.2000. Siehe auch Friederike Bauer, Digitale Brücken, VN 4/2000 S. 139f.
2 Resolution 55/2 der Generalversammlung v. 8.9.2000; Text: S. 190ff. dieser Ausgabe.
3 Siehe zur Rolle der UN zur Zeit des Genozids in Rwanda Hildegard Schürings, Versagen im Angesicht des Völkermords. Die unabhängige Untersuchung zur Verantwortlichkeit der internationalen Gemeinschaft in Rwanda 1994, VN 2/2000 S. 53ff.
4 Siehe zum Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und den Vereinten Nationen etwa Ian Williams, Szenen einer Ehe. Die unamerikanischen UN, VN 4/1996 S. 135ff.
5 Dick Morris, Behind The Oval Office, New York 1997.
6 Hierzu Georg Kell, Weltorganisation und Wirtschaftswelt. Globaler Pakt für das nächste Jahrhundert, VN 5/1999 S. 163ff.
7 Vgl. Dirk Growe, Eine hübsche runde Summe, VN 1/1999 S. 23ff.
8 A/55/305-S/2000/809 v. 23.8.2000.
9 Außer dem Vorsitzenden gehörten ihr an: J. Brian Atwood (Vereinigte Staaten), Colin Granderson (Trinidad und Tobago), Ann Hercus (Neuseeland), Richard Monk (Großbritannien), Klaus Naumann (Deutschland), Hisako Shimura (Japan), Wladimir Schustow (Rußland), Philip Sibanda (Simbabwe) und Cornelio Sommaruga (Schweiz).
10 S/23500 v. 31.1.1992; Text: VN 2/1992 S. 66f.
11 A/47/277-S/24111 v. 17.6.1992; deutsch als Nr. 43 der Reihe ›Zur Diskussion gestellt‹ der DGVN erschienen. Fortgeschrieben worden war die ›Agenda für den Frieden‹ in dem Dokument A/50/60-S/1995/1 v. 3.1.1995.
12 Resolution 50/6 v. 24.10.1995; Text: VN 1/1996 S. 34ff.
13 Richard Butler, The Greatest Threat, New York 2000.
14 Resolution 1318 (2000) des Rates; Text: S. 189f. dieser Ausgabe.
15 Siehe Anm. 2.
16 So der Stand Mitte Mai.

Der Stadt New York drückten die Vereinten Nationen nach Abschluß des Millenniums-Gipfels ihren Dank für die Gastfreundschaft und die Geduld ihrer Bürger angesichts des Großereignisses in der ›Hauptstadt der Welt‹ aus.